

Konferenz Sächsischer Studierendenschaften
c/o StudentInnenRat der Universität Leipzig
Augustusplatz 10-11
04109 Leipzig

DIE SPRECHER.

Markus Lorenz
c/o StudentInnenRat der Universität Leipzig Augustus-
platz 10-11
04109 Leipzig
Tel.: 0341-9737850
Fax: 0341-9737859

Markus Bergmann
c/o Studentenrat der Technischen Universität Chemnitz
Thüringer Weg 11
09126 Chemnitz
Tel.: 0371-5312639
Fax: 0371-5312636

Leipzig, den 04.12.01

PRESSEMITTEILUNG

Konferenz Sächsischer Studierendenschaften hält Hochschulkonsens für indiskutabel

Der Hochschulkonsens ist in seiner vorliegenden Fassung sowohl vom Zustandekommen, als auch vom Inhalt für die Studierenden und die Hochschulen nicht zu akzeptieren.

Allein die Vorlage des Entwurfs durch die Staatsregierung macht die verfahrenere Situation der Hochschulpolitik in Sachsen deutlich. Der Entwurf ist ohne die Einbeziehung der Hochschulen zustande gekommen und entmündigt diese förmlich bei der Debatte um eine Weiterentwicklung der Hochschullandschaft. Die Staatsregierung offenbart mit dem gewählten Procedure ihre Schwäche, denn nur wer sich vor der öffentlichen Debatte und Verhandlungen fürchtet, kann einen solchen Weg wählen.

Auch die Art der Vereinbarung ist eine große Enttäuschung. Während die Staatsregierung in den letzten Monaten einen Hochschulrahmenvertrag angekündigt hatte, wurde jetzt nur ein „Konsens“ vorgelegt, der von Seiten der Hochschulen keiner ist und im Zweifelsfall nur von der Staatsregierung gekündigt werden kann. Wenn wir von der Wortbedeutung Konsens gleich Übereinstimmung ausgehen, dann kann in keiner Weise von einem Konsens ausgegangen werden. „Zwischen der Vorlage der Staatsregierung und den Vorstellungen der Hochschulen besteht kein Konsens“, so Markus Lorenz, Sprecher der KSS.

Auch inhaltlich ist das Papier voller Ungereimtheiten. So drückt die Staatsregierung zwar ihre „ideelle“ Unterstützung der Hochschulen aus, doch will sie diese finanziell nicht ausreichend ausstatten. Und auch die in §1 gemachten Zusagen nimmt sie im weiteren Verlauf des Papiers zurück. So werden die Einnahmen der Hochschulen, die dort verbleiben sollen, vom Budget aber wieder abgezogen. Auch bei der Haushaltssperre will die Staatsregierung die Hochschulen in Zukunft nur nicht mehr „überproportional“ belasten. „Für uns ein klares Eingeständnis der Staatsregierung, dass dies in der Vergangenheit der Fall war, obwohl die Staatsregierung das bisher immer bestritten hat.“, so Markus Lorenz.

Die Staatsregierung versucht weiter die politische Verantwortung für die Stellenkürzungen und für die Erhebung von Gebühren bei Studierenden auf die Hochschulen abzuschieben. Die Hochschulen sollen bereits jetzt die Verantwortung für die Einschnitte der nächsten Jahre übernehmen. Auch in der weiteren Gestaltung der Hochschullandschaft soll ein neu zu schaffendes und von den Hochschulen zu bezahlendes Landeskuratorium eingesetzt werden, das weitreichende Empfehlungsvollmachten für die Hochschulen als Ganzes, aber auch für die einzelne Hochschule erhalten soll. „Diese Versuche, die politische Verantwortung abzuschieben, ist ein Armutszeugnis für die Staatsregierung.“, so Markus Lorenz.

Und weiter: „Die KSS hat auf ihrer Sitzung am Wochenende in Leipzig das Papier als Ganzes verworfen und fordert von der Staatsregierung, das Papier zurückzuziehen, um in Verhandlungen MIT den Hochschulen einzutreten.“

Für eine tragfähig gestaltete Perspektive der Hochschulentwicklung ist die Einbeziehung der Hochschulen und des Landtages unerlässlich. Nur bei einer Übereinkunft aller Verhandlungspartner und Verantwortlichen kann die Hochschullandschaft fortentwickelt werden.